

FAKTEN, ARGUMENTE, DATEN UND HINTERGRÜNDE ZUM THEMA 4 IM PARTEILEHRJAHR

Neue verantwortungsvolle Aufgaben des Bauwesens

Die auf dem X. Parteitag der SED gestellte Forderung, die gesamte Bauwirtschaft auf höchste Effektivität und Qualität einzustellen, hat den Bauschaffenden unserer Republik große Initiativen ausgelöst. In Verwirklichung der ökonomischen Strategie des X. Parteitages konnten auch im Bereich des Bauwesens anspruchsvolle Aufgaben gelöst werden. So war es möglich, allein durch den Wohnungsbau die Kernstücke unserer Sozialpolitik für etwa 8 Millionen Menschen spürbar zu verbessern. Zu besichtigen ist, daß mit den modernen Wohnhäusern auch neue Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen und Sozialeinrichtungen entstanden. Dazu kommen viele kulturelle Gebäude und nicht zuletzt auch die Erhaltung Tausender wertvoller Kulturdenkmäler. Diesen bewährten Weg als es, auch für das weitere Leistungswachstum in der Einheit von Neubau, Modernisierung und Wertschöpfung bestehender Bausubstanz einzusetzen. Dabei ist gerade für die Bauwesen die beschleunigte weitere Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und seine wirtschafts- und sozialpolitische Verwertung von besonderer Bedeutung, denn bis 1990 sehen unsere Pläne neue oder modernisierte Wohn-

häuser in der Einheit von Erhaltung und Modernisierung des vorhandenen Wohnungsbestandes realisieren. Dabei wird sich mehr als bisher die Errichtung und Rekonstruktion von Wohnungen auf bereits erschlossenen Standorten in den Stadtzentren und im innerstädtischen Bereich konzentrieren. Alle diese Maßnahmen, verbunden mit den notwendigen sozialen und kulturellen Erfordernissen der Entwicklung unserer Wohngebiete, wird das Leben und Wohnen für viele unserer Bürger spürbar verbessern. So sieht das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan vor, daß die Bauproduktion für die Erhaltung und Modernisierung 1984 gegenüber 1983 um 108,8 Prozent zu erhöhen ist. (2)

Mit der Entschlossenheit der SED, die Wohnungsfragen in der DDR als soziales Problem Schritt für Schritt bis zum Jahre 1990 zu lösen, wird zugleich ein altes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung verwirklicht. Dabei ist die Initiative unserer Partei für die weitere konsequente Realisierung des Wohnungsbauprogramms, wie sie auf der 7. Tagung erneut bekräftigt wurde, auch als Ausdruck für die schöpferische Anwendung theoretischer Grundkenntnisse zu werten, die von Friedrich Engels in der Schrift „Zur Wohn-



frage“ herausgearbeitet wurden. Er bringt zum Ausdruck: „...Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches; sie ist nicht einmal eines der Leiden, die dem modernen Proletariat, gegenüber allen früheren unterdrückten Klassen, eigentümlich sind; im Gegenteil, sie hat alle unterdrückten Klassen aller Zeiten ziemlich gleichmäßig betroffen. Um diese Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen.“ (3)

Die Lösung aller mit dem Wohnungsbauprogramm zusammenhängenden Aufgaben erfordert eine hohe Qualität der politischen Führungstätigkeit sowie der staatlichen Leitung, Planung und Organisation. Die Realisierung eines günstigen

Seminar zur aktuellen Bedeutung der Leninischen Theorie über den Imperialismus

Wenn wir das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Hauptmächten am Ende des zweiten Weltkrieges mit dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis vergleichen, ist die fortwährende Gültigkeit des genannten Gesetzes nicht zu bezweifeln. Das faschistische Deutschland und das mit ihm verbündete Italien überließen Frankreich und Großbritannien; das militaristische Japan griff die USA an. Die Aggressoren wollten durch einen blutigen Kontinentalkrieg ihre Märkte erweitern und reichere Rohstoffquellen an sich reißen. Am Ende des zweiten Weltkrieges waren diese Widersprüche vorerst vom Tisch gefegt, die Aggressoren hatten vor der Antihitlerkoalition, in der die UdSSR die größten Lasten trug, bedingungslos kapituliert.

Und heute? Wir sprechen von drei großen imperialistischen Wirtschaftszentren: den USA, den Staaten der Europäischen Gemeinschaft – in der die BRD, neben Frankreich und Großbritannien, eine maßgebliche Rolle spielt –, und Japan.

Die USA gingen als einziger imperialistischer Staat wirtschaftlich, politisch und militärisch gestärkt aus dem zweiten Weltkrieg hervor. Das Klasseninteresse des USA-Imperialismus an der Wiederherstellung und Stärkung des Imperialismus und Militarismus in Westeuropa und Japan und die Absicht, das ökonomische und militärische Potential möglichst wirkungsvoll im Kampf gegen den Sozialismus einzusetzen zu können, veranlaßten den USA-Imperialismus, den geschlagenen und geschwächten imperialistischen Staaten auf die Beine zu helfen. Als jene in den sechziger Jahren wieder über genügend Kraft verfügten, versuchten sie, vor allem auf wirtschaftlich-finanziellem Gebiet eigene Ansprüche geltend zu machen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vollzog der amerikanische Imperialismus eine jähle Wende in der Politik in Richtung

Seminar zum Studium von Grundfragen der marxistisch-leninistischen Philosophie

Unsere Nation wird durch den Sozialismus geprägt

Durch die sozialistische Revolution werden alle Existenzformen der gesellschaftlichen Entwicklung – so auch die Nation – von Grund auf erneuert. Diese Tatsache, die seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution historisch bewiesen ist, trifft voll und ganz für die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu. Wie im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verallgemeinert wurde, ist die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen deutschen Nation in der DDR Ergebnis der sozialistischen Revolution.

Im Programm der SED heißt es dazu: „Mit der sozialistischen Revolution und der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft wurden in der Deutschen Demokratischen Republik auch Grundlagen, Inhalt und Formen des nationalen Lebens qualitativ verändert. Indem die Arbeiterklasse die Macht eroberte, schuf sie die entscheidende Voraussetzung für die Bildung der sozialistischen Nation.“ (1) Der wichtigste Nachweis, welcher bei diesem Thema im Parteilehrjahr folglich zu erbringen ist, besteht darin, daß es sich bei der Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen deutschen Nation um eine qualitative gesellschaftliche Veränderung handelt.

Bekanntlich war unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg die nationale Frage auf deutschem Boden unlösbar mit der sozialen Frage verknüpft. Dabei muß die Sozialistische Einheitspartei

deutschen Arbeiterpartei Deutschlands. Für diesen Prozeß kam und kommt der Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen der SED und den anderen demokratischen Parteien im Rahmen der Nationalen Front der DDR große Bedeutung zu.

Mit Hilfe der politischen Macht der Arbeiter und Bauern und gestützt auf das politische Bündnis aller werktätigen Klassen und Schichten wurde nach der Gründung der DDR damit begonnen, die sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft zu schaffen und zum Siege zu führen. Die sozialistische Produktionsweise, die vor allem auf der ungeteilten Herrschaft sozialistischer Produktionsverhältnisse beruht, wurde zur entscheidenden konstituierenden Grundlage der sich formierenden sozialistischen deutschen Nation.

In der sozialistischen Produktionsweise wurzelt die Tatsache, daß die sozialistische Nation eine von antagonistischen Widersprüchen freie, stabile Gemeinschaft freundschaftlich verbundener Klassen und Schichten ist, die von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführt wird. Die sozialistische deutsche Nation umfaßt das Volk der Deutschen Demokratischen Republik und ist gekennzeichnet durch den souveränen sozialistischen Staat auf deren Territorium. (2) In diesem Zusammenhang muß beachtet werden, daß die Gemeinschaft des Wirtschaftslebens das wichtigste

Der untrennbare Zusammenhang von sozialistischer Revolution und Entwicklung der sozialistischen deutschen Nation in der DDR

Deutschlands den sozialen Aspekten der nationalen Frage stets die dominierende Rolle bei. In Übereinstimmung mit den objektiven Gesetzmäßigkeiten und den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab hatte die soziale Frage unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden folgenden Inhalt: über die Errichtung einer demokratischen deutschen Republik den Weg zum Sozialismus im Rahmen des vom Potsdamer Abkommen festgelegten territorialen Bestandes Deutschlands zu öffnen. Damit waren folgende Teilziele verknüpft: Einleitung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in allen Besatzungszonen, Gestaltung des Staatsaufbaus nach demokratischen Rechten und Freiheiten für das werktätige Volk und die Erziehung aller Werktätigen zur Freundschaft mit allen Völkern, besonders der UdSSR. Für die Realisierung dieser Ziele bestanden günstige Bedingungen, zugleich mußten für die Lösung der sozialen und der nationalen Frage die notwendigen inneren Voraussetzungen auf deutschem Boden geschaffen werden. Dazu gehörten vor allem: die Herstellung der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in allen Besatzungszonen und die Schaffung der Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der geeinten Arbeiterklasse.

Merkmal einer Nation ist. Die anderen Merkmale wie Territorium, Sprache, Nationalkultur und ethnische Beziehungen sind Merkmale der jeweiligen Nation, vor allem in Verbindung mit der Gemeinsamkeit des Wirtschaftslebens. Das Wirtschaftsleben seinerseits widerspiegelt unmittelbar die Produktionsweise, worauf eine Nation beruht. Unter unseren Bedingungen sind dabei zwei Seiten zu beachten: Der sozialistische Typ der Nation in der DDR hat zum kapitalistischen Typ der Nation in der BRD analoge Merkmale. Jedoch die soziale Qualität und die soziale Funktion der sozialistischen Nation und ihrer Merkmale werden in der DDR durch den realen Sozialismus bestimmt und geprägt. Die kapitalistische Ordnung in der BRD prägt den dortigen Typ der Nation.

Aber selbst auf militärisch-politischem Gebiet stößt der amerikanische Imperialismus an Grenzen. In seiner Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz sagte Genosse Kurt Hager: „Das Anwachsen der Friedensbewegung und die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Gegensätze haben dazu geführt, daß solche NATO-Staaten wie Griechenland, Dänemark, Niederlande, Belgien die Raketenstationierung ablehnen bzw. verzögern. Das außerordentliche Mißtrauen der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem abenteuerten Kurs der Reagan-Administration findet seinen Ausdruck in dem Verlangen nach einem friedlichen Europa, einem Europa, das keine Geißel der USA, kein Euroshima werden darf.“

Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus, führte bis zum zweiten Weltkrieg immer wieder dazu, daß die imperialistischen Staaten Kriege und Weltkriege anzettelten, um die Markanteile, die Einflusssphären und die Besitzstände an Rohstoffquellen in der denkbar brutalsten Form umzuverteilen. Seit dem zweiten Weltkrieg wogten sie es nicht, gegeneinander in den Krieg zu ziehen. Angesichts der Stärke des Sozialismus und seiner militärischen Kraft schreckten sie bislang auch davor zurück, die Widersprüche, die es zwischen ihnen gibt, durch einen Weltkrieg gegen den Sozialismus zu überwinden.

Das 7. Plenum unserer Partei analysierte ausführlich, welche Kräfte zur Verfügung stehen oder auch zusätzlich mobilisiert werden müssen, um den Imperialismus auch zukünftig daran zu hindern, den Ausweg aus seinen Widersprüchen in einem nuklearen Inferno zu suchen.

Unter den Bedingungen der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfolgt die weitere Ausprägung der Wesenszüge der sozialistischen Nation durch die gesellschaftlichen Prozesse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Geschichte und Gegenwart der DDR und darin eingebettet die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen Nation als Ergebnis der sozialistischen Revolution verkörpern zugleich „die tiefste, nicht mehr rückgängig zu machende Wende in der Geschichte des deutschen Volkes und fñgt damit der Geschichte der Deutschen ihr wichtigstes, erfolgreichstes und in die Zukunft weisendes Kapitel hinzu. Eben weil der Sozialismus als aufsteigende Gesellschaftsordnung neue gesellschaftliche Existenzformen schafft, ist dieser historische Prozeß auch mit der Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation verknüpft. Diesem Prozeß haften nichts Künstliches an, wie die Gegner des Sozialismus behaupten, er ist vielmehr Ausdruck objektiver, allgemeingültiger Gegebenheiten der sozialistischen Revolution, die in der Vergangenheit entstanden und in Gegenwart und Zukunft wirken“, betonte Genosse Kurt Hager in seinem Referat auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 18. Dezember 1983. (3)

Die Öffnung des Weges zum Sozialismus gelang mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949. Mit der Gründung der DDR gingen die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Intelligenz und andere werktätige Schichten unter Führung der Arbeiterklasse mit der SED an der Spitze den ersten Schritt von der bürgerlichen zur sozialistischen deutschen Nation. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form der Arbeiter- und Bauernschaft, die den Interessen aller Werktätigen entspricht, war und ist die wichtigste politische Voraussetzung und Bedingung für die Herausbildung und Entwicklung der sozialistischen deutschen Nation. Eine weitere politische Grundlage im Kampf um die Formierung der sozialistischen Nation in der DDR bildete der Übergang vom antifaschistisch-demokratischen Bündnis zum sozialistischen Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten unter Führung der Sozialisti-

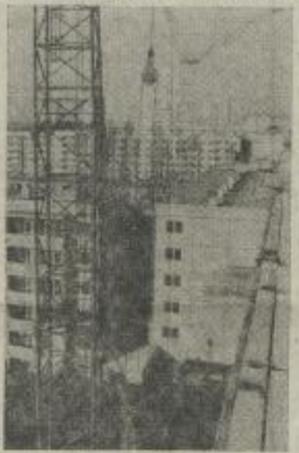
Prof. Dr. sc. G. HARDER

Literaturquellen:
(1) Programm der SED, Dietz Verlag Berlin 1976, S. 36
(2) Ebenda S. 36 f.
(3) K. Hager: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus, ND, 16. 12. 83, S. 4

Seminar zum Studium von Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus und der Wirtschaftspolitik der SED:

Die Aufgaben des Bauwesens zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungskraft

hängen für weitere 4,3 Millionen Bürger vor. Auf der 7. Tagung des ZK der SED bringt der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, in seiner Diskussionsrede zum Ausdruck, daß die Befriedigung aller wichtigen Wohnbedürfnisse bis 1990 ein sehr verantwortungsbewusstes und differenziertes Vorgehen erfordert und alle Kräfte und Mittel so einzusetzen sind, daß die anstehenden Aufgaben mit dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu lösen sind. (1)



Zielstrebig erfüllen wir unser Wohnungsbauprogramm – Herzstück unserer Sozialpolitik. Foto: UZ/Archiv

Verhältnisses von Aufwand und Ergebnis machen eine weitere Tempobeschleunigung in der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung notwendig. Insbesondere geht es um die zielstrebige Anwendung moderner Technologie, den Einsatz von Rationalisierungsmitteln und auch um die Ausschöpfung aller Reserven der sozialistischen Masseninitiative. Es gilt, die fortgeschrittenen Erfahrungen und Bestwerte zielstrebig zu verallgemeinern. In diesem Zusammenhang erwachsen den Parteiorganisationen des Bauwesens neue verantwortungsvolle Aufgaben, die sie in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit mit den örtlichen Räten und allen Beteiligten zu lösen haben. Dr. MANFRED HAUSER

Literaturquellen:
(1) Vgl. Honecker, E.: Diskussionsrede auf der 7. Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1983
(2) Gesetz über den Staatshaushaltplan ND vom 26. 12. 1983
(3) Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. In: Marx/Engels: Ausgewählte Werke in sechs Bänden; Bd. IV, S. 193 bis 279 oder in: Werke, Bd. 18, S. 213 bis 297

Der Volkswirtschaftsplan für 1984 sieht zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms, für Bauproduktionen sowie für die Wohnungswirtschaft und zur Sicherung niedriger Mieten der besichtlichen Betrag von 22 Mrd. Mark vor. Dabei geht es vor allem darum, daß die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms unter den Bedingungen der konstanten Intensivierung wesentliche Veränderungen in der Struktur und in der Ökonomie des Bauwesens erfordert. So wird sich die Erweiterung der Wohnungszahl durch Neubauten künftig noch

Seminar zum Studium der Geschichte der SED

Auf dem Kurs der Wirtschaftspolitik der SED

Mit diesem Seminar soll die Erkenntnis vertieft werden, daß sich die Herausbildung und Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft keineswegs geradlinig vollzieht, sondern viele Schwierigkeiten und immer neue Probleme zu überwinden sind, die sich aus den inneren und äußeren Bedingungen ergeben. Es gehört zu den bleibenden Verdiensten der SED, daß sie sich bei der Erarbeitung ihrer ökonomischen und Gesellschaftspolitik den neuen Anforderungen stets schnell und gesellschaftlich praktikable Lösungen anstrebt.

Nach einem Abschnitt der Stabilisierung der Grundlagen des Sozialismus von 1961 bis Mitte der sechziger Jahre (vgl. Beitrag von Prof. Bessing, UZ 42, S. 3) rückte die Notwendigkeit des Übergangs von der vorwiegend extensiv zur überwiegend intensiv erweiterten Reproduktion in das Blickfeld der Wirtschaftspolitik. Die Ergebnisse der im Gefolge der Beschlüsse des VI. Parteitages der SED und der Wirtschaftskonferenz 1963 eingeleiteten Wirtschaftsreform analysiert auf seiner 11. Tagung im Dezember 1968, die intensiven Faktoren des Wirtschaftswachstums wie Ersatzinvestitionen, Bildungseconomie vor vor allem die wissenschaftlich-technische Arbeit, stärker in den Vordergrund der Wirtschaftspolitik zu rücken.

Zu wurde offensichtlich, daß die Intensivierung weitreichende Wandlungen nicht nur technisch-ökonomischer Art, sondern auch sozial und kulturellen Charakter auf sich brachte, die tief in den Art der Weltanschauung einschneiden. Im ZK der SED und vom Ministerialrat einberufene Konferenz über sozialistische Rationalisierung. Sie stellte

die Aufgabe, die Rationalisierung über Einzelbereiche hinaus in der gesamten Volkswirtschaft und in allen Phasen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses von der Leitung und Planung über die Forschung und Entwicklung bis hin zu Produktion und Absatz zu verwirklichen.

Das Wirken der SED für die weitere Errichtung der sozialistischen Gesellschaft (1966–1970)

folgte die Entwicklung der Volkswirtschaft ausschließlich auf der Grundlage von Jahresplänen. Doch die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die in seinem Rahmen wirkende wissenschaftlich-technische Revolution für die Interessen der Arbeiterklasse und des Sozialismus zu nutzen, erforderte, der langfristigen und mittelfristigen Planung (Fünfjahrespläne) größere Beachtung zu schenken. Mit der Ausarbeitung des Fünfjahresplans 1966 bis 1970 wurde diesem Anliegen entsprochen, erfolgte die Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, gewannen Programm- und Territorialplanung Beachtung, erhielten neben den quantitativen Kennziffern (z. B. Bruttoproduktion) die qualitativen Kennziffern (Arbeitsproduktivität, Rentabilität, effektive Ausnutzung der Grund- und Umlaufmittel) zunehmende Bedeutung. Damit verbesserten sich die Bedingungen, für die wirtschaftliche Rechnungsführung in den größeren Wirtschaftseinheiten, den VVB. Sie entwickelten sich von einem Verwaltungsorgan zu einem ökonomischen Führungszentrum, bzw. den gebildeten Kombinate. Schrittweise wurde damit begonnen, das Prinzip der Eigenwirtschaftung der Mittel einzuführen. In dem Be-

streben, schneller hohe ökonomische Effekte zu erzielen, erfolgte in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Staatsgründung eine verstärkte Konzentration auf die beschleunigte Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und den weiteren Ausbau der materiell-technischen Basis. Doch dieser eingeschlagene Weg führte weg von der planmäßigen und komplexen Rationalisierung und überließ unsere ökonomischen Möglichkeiten. Die Autorität des Planes ließ nach. Zunehmend machten sich Disproportionen zwischen Zuliefer- und Finalproduktion bemerkbar, und es bestanden erhebliche Diskrepanzen zwischen Bedarf und Aufkommen an Elektroenergie, Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung beeinträchtigten die Planerfüllung und machten sie für einige Betriebe unmöglich. In dieser komplizierten Situation berieten die Parteiorganisationen der SED in vielen Ausprägungen mit den Werktätigen die Grundfragen der Wirtschaftspolitik. Es festigte sich die Erkenntnis, daß für die Entfaltung einer umfassenden schöpferischen Initiative der Werktätigen, reale und in den Hauptpositionen bilanzierte Pläne notwendig sind, die auf eine gezielte Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus ausgerichtet sind.

Mit den Beschlüssen der 14. Tagung des ZK der SED im Dezember 1970 wurde das Fundament für die Ausarbeitung einer Wirtschaftspolitik gelegt, die konsequent die ökonomischen Gesetze des Sozialismus beachtet und sich von den Interessen der Arbeiterklasse leiten ließ. Sie bildeten die Basis für eine neue Qualität in der ökonomischen und Gesellschaftspolitik der SED, wie sie vom VIII. Parteitag 1971 in Angriff genommen wurde.

Dr. BERND MROSEK

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und seine Wirkung in der Gegenwart

auf abenteuerliche Hochrüstung und rigorosen Sozialabbau. Gleichzeitig versucht die Reagan-Administration, die von ihr verursachte gefährliche Verschlechterung der internationalen Beziehungen auszunutzen, um die verbündeten Staaten wieder fester ins Schlepptau ihrer Politik zu legen.

Aber selbst auf militärisch-politischem Gebiet stößt der amerikanische Imperialismus an Grenzen. In seiner Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz sagte Genosse Kurt Hager: „Das Anwachsen der Friedensbewegung und die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Gegensätze haben dazu geführt, daß solche NATO-Staaten wie Griechenland, Dänemark, Niederlande, Belgien die Raketenstationierung ablehnen bzw. verzögern. Das außerordentliche Mißtrauen der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem abenteuerten Kurs der Reagan-Administration findet seinen Ausdruck in dem Verlangen nach einem friedlichen Europa, einem Europa, das keine Geißel der USA, kein Euroshima werden darf.“

Die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus, führte bis zum zweiten Weltkrieg immer wieder dazu, daß die imperialistischen Staaten Kriege und Weltkriege anzettelten, um die Markanteile, die Einflusssphären und die Besitzstände an Rohstoffquellen in der denkbar brutalsten Form umzuverteilen. Seit dem zweiten Weltkrieg wogten sie es nicht, gegeneinander in den Krieg zu ziehen. Angesichts der Stärke des Sozialismus und seiner militärischen Kraft schreckten sie bislang auch davor zurück, die Widersprüche, die es zwischen ihnen gibt, durch einen Weltkrieg gegen den Sozialismus zu überwinden.

Das 7. Plenum unserer Partei analysierte ausführlich, welche Kräfte zur Verfügung stehen oder auch zusätzlich mobilisiert werden müssen, um den Imperialismus auch zukünftig daran zu hindern, den Ausweg aus seinen Widersprüchen in einem nuklearen Inferno zu suchen.

Dr. DIETMAR STOBLER